

Verbraucherpolitische Forderungen der VZB	In Programmen zur Landtagswahl 2024 enthalten						
	SPD	CDU	BSW	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	FREIE WÄHLER
<b># 1 Energie: Bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung</b>							
Haushalte angemessen entlasten und Fernwärmesektor überwachen	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 39: "stabile, sichere Energieversorgung, die bezahlbar ist" + "Menschen bei ihren Stromkosten entlasten"</p> <p>S. 42: "kein Mensch darf durch die Wärmewende in finanzielle Schwierigkeiten geraten"</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 10: "bezahlbare, verlässliche und nachhaltige Energieversorgung"</p> <p>S. 12: Kommunale Wärmeplanung: "rechtzeitige Bürgerbeteiligung und Transparenz"</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 10: "Energie[...]versorgung wollen wir der Profitmacherei entziehen und kommunale und gemeinnützige Anbieter fördern"</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 5: "Energiewende sozial- und umweltverträglich" + Strom "für alle Verbraucher*innen in Brandenburg bezahlbar"</p> <p>S. 7: Wärmewende sozial gerecht + bezahlbar gestalten</p>	<p><b>1</b></p> <p>S. 89: "Bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung sicherstellen: Wir werden den Energie- und Wärmesektor genauer überwachen und notfalls eingreifen, um Monopole und überhöhte Preise zu verhindern."</p> <p>S. 30: "staatliche Preiskontrolle für Strom" + "Energieversorger zum Angebot ökologischer Sozialtarife verpflichten"</p> <p>S. 69: "Wärmewende sozial gestalten"</p> <p>S. 70: "Aufstockung des Wohngeldes um einen Landesanteil für Energiekosten"</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 79: Wärmewende: "Kommunen intensiv bei der Entwicklung passgenauer Konzepte unterstützen, die die Bevölkerung nicht überfordern"</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 25: "Das Land Brandenburg soll auf Bundesebene dafür kämpfen, dass die Strompreise wieder sinken"</p>
Private Haushalte in der Energiestrategie berücksichtigen				<p><b>0,5</b></p> <p>S. 4: Weiterentwicklung der Energieagentur: "Die Brandenburger Energie- und Klimaagentur soll Bürger*innen und Unternehmen bei Einsparungen von Treibhausgasen und dem Umstieg auf erneuerbare Energien helfen."</p>			
<b>#2 Finanzen: Rückbesinnung der Sparkassen auf Ihre Sonderrolle</b>							
Verbraucherschutz im BvgSpkG festlegen		<p><b>0,5</b></p> <p>S. 34: "Sparkassen sollen in ganz Brandenburg präsent bleiben, müssen ihr Filialangebot aber wirtschaftlich überprüfen und alternative Beratungs- und Dienstleistungsformen entwickeln, beispielsweise durch Busangebote oder Schulungen für das Onlinebanking im Gemeindehaus"</p>		<p><b>0,5</b></p> <p>S. 89: "In Regionen, wo Sparkassen [...] schließen, wollen wir mutig neue Wege gehen. Das können mobile Angebote [...] sein."</p> <p>S. 94: "Das Sparkassengesetz wollen wir ändern und dort mehr Transparenz einfordern. [...] Es kann nicht sein, dass die Gehälter gemeinwohlorientierter Geldinstitute Geheimsache sind, gleichzeitig aber Sparkassenfilialen in den ländlichen Räumen geschlossen werden."</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 88: "Sparkassen weiterhin flächendeckend einen Zugang zu Bargeld und Dienstleistungen vor Ort in ihren Filialen sicherstellen." + "allen Bürgerinnen und Bürger Zugang zu einem kostenfreien Girokonto sowie zu grundlegenden Bankdienstleistungen bieten"</p>		
Für Transparenz und wirksame Kontrolle sorgen				<p><b>0,5</b></p> <p>S. 94: "Das Sparkassengesetz wollen wir ändern und dort mehr Transparenz einfordern. Die Vorstandsgehälter sollen offengelegt und die Arbeit der Verwaltungsräte gestärkt werden."</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 88: "Transparenz und öffentliche Rechenschaft bei staatlichen Unternehmen" &amp; "Verbrauchervertretungen in Kontrollgremien"</p>		

Verbraucherpolitische Forderungen der VZB	In Programmen zur Landtagswahl 2024 enthalten						
SPD	CDU	BSW	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	FREIE WÄHLER	
<p><b>#3 Digitales: Teilhabe und Sicherheit in der digitalen Welt</b></p> <p><b>1</b></p> <p>S. 12: "flächendeckende Versorgung mit Breitband im ganzen Land sicherstellen" + "beim Mobilfunk muss es zu tatsächlichen Verbesserungen kommen. Hierauf werden wir im Rahmen der Möglichkeiten der Landesebene drängen."</p> <p>S. 12: "Vermittlung digitaler Kompetenzen" + "Digitale Teilhabe ist eine Grundvoraussetzung, damit alle Menschen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben mitwirken können"</p> <p>S. 22: "Umsetzung der seniorenpolitischen Leitlinien" + "lebenslanges Lernen"</p> <p>Digitales als Element der Partizipation ausbauen</p>	<p><b>0,75</b></p> <p>S. 49: "flächendeckende Versorgung mit Breitbandnetzen und Mobilfunk"</p> <p>S. 40: "gesellschaftliche Teilhabe von Senioren durch digitale [...] Bildungsangebote aktiv fördern" + "lebenslanges Lernen auch mithilfe digitaler Angebote"</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 36: "überall in Brandenburg schnelles Internet" + "Lücken im Mobilfunk endlich flächendeckend beseitigt"</p> <p>S. 38: "Schnelles Internet in ganz Brandenburg und ohne Funklöcher"</p> <p>S. 41: "zügiger und flächendeckender Ausbau zu schnellem Internet"</p>	<p><b>0,75</b></p> <p>S. 91: "Wir setzen uns ein für einen schnellen und flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur (Glasfasernetze) und der Mobilfunknetze."</p> <p>S. 37: "dass junge Menschen Medienkompetenz erlernen und im digitalen Raum geschützt werden"</p>	<p><b>1</b></p> <p>S. 19: "stärken wir den öffentlich koordinierten Ausbau mit Flächenabdeckung von 4G/LTE und Glasfaser"</p> <p>S. 20: "Landesagentur für den Netzausbau" + "die den Kommunen hilft, den Netzausbau in kommunaler Verantwortung zu leisten, Mittel gezielt einzusetzen und Fördermittel einzuwerben"</p> <p>S. 97f: "Medienbildung für alle Generationen" + "die Vermittlung von Medienkompetenz sollte sich an der Lebensrealität [...] von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen orientieren"</p> <p>S. 147: Seniorenpolitische Leitlinien + "Umgang mit digitalen Medien zu erlernen"</p> <p>S. 98f: lebenslanges Lernen</p>	<p><b>1</b></p> <p>S. 23: "Infrastrukturoffensive [...], die durch Genehmigungsfiktionen für Glasfaserausbau, Mobilfunk [...] den notwendigen Infrastrukturausbau vorantreibt"</p> <p>S. 69: "Den Breitbandausbau werden wir konsequent und mit Priorität vorantreiben" + "Vereinfachung von Bauvorschriften prüfen" + "setzen uns auf Bundesebene für eine Aktualisierung der Mobilfunkförderung und Negativauktionen ein, um ein flächendeckend schnelles Mobilfunknetz zu erhalten"</p> <p>"in jeder Gemeinde oder Stadt ein öffentliches kostenfreies Internetterminal zur Verfügung gestellt wird. Das Internet ist heute ein Teil der Daseinsvorsorge"</p> <p>S. 20: "Vermittlung von Medienkompetenz und einen kompetenten Umgang mit persönlichen Daten stärken"</p> <p>S. 20: Präventionsarbeit Senior:innen sowie digitale Teilhabe + lebenslanges Lernen</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 20: "Schaffung eines flächendeckendes Breitbandsystems im ländlichen Raum" + "konkret ist der Ausbau besser zu koordinieren und es sind verbindliche Vorgaben für Tiefbauleistungen der Netzbetreiber zu vereinbaren" + "unzählige Funklöcher [...] im ländlichen Raum. Ihre Beseitigung muss dringend Priorität bekommen. Dazu sind sog. Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen, entsprechende Förderprogramme des Bundes zu erweitern und im Dialog mit der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft die nötigen geografischen Schwerpunkte zu setzen."</p>	
<p>Abwehr von Internetkriminalität - Betroffenen helfen sowie Fake-Shops abschalten</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 30: "die Ausstattung von Polizei [...] fortwährend zu verbessern und neuen Anforderungen anzupassen" + "erhöhen die Stellenzielzahl auf 9.000"</p> <p>S. 31: "Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben einen Anspruch darauf, dass auch im Internet und der digitalen Welt ermittelt wird. Hierfür werden wir moderne Ermittlungskompetenzen aufbauen." + "zusätzliche Mittel für die Digitalisierung und Instandhaltung der technischen Infrastruktur bei der Polizei"</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 14: "Sicherheitsbehörden personell und materiell weiter stärken" + "digitale Transformation stellt die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen. [...] Wir sorgen für die notwendige Unterstützung"</p> <p>S. 15: "Ausstattung stets nach aktuellem Standard und mit der erforderlichen modernen Technik" + 500 neue Stellen</p> <p>S. 21: "Beratungs- und Sensibilisierungsangebote [...] letztlich auch für Bürgerinnen und Bürger" + "Cybersicherheitsinstitut"</p>		<p><b>1</b></p> <p>S. 35: "Verbraucher*innen in ihren Rechten im Netz zu stärken und sie beim Umgang mit digitalen Produkten und Dienstleistungen zu informieren und zu schützen"</p> <p>S. 36: "eine neue Anlaufstelle in der Verbraucherzentrale Brandenburg für Phishing, Identitätsdiebstahl und Daten Leaks schaffen [...]. Die Anlaufstelle soll Wissen aus unterschiedlichen Bereichen, z.B. Datensicherheit und Finanzwesen vereinen"</p> <p>S. 46: "unsere Sicherheitsbehörden auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten: Mit genug Personal, guter Ausstattung [...] und Digitalkompetenzen"</p> <p>S. 47: "Damit die Brandenburger Polizei den Herausforderungen in der digitalisierten Welt entgegenzutreten kann, braucht es massive Investitionen in Digitalkompetenz und eine solide IT-Infrastruktur"</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 89: "Task-Force zur effektiven Bekämpfung von Internetkriminalität einrichten"</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 44: "bessere Ausstattung der Polizei" + "Anzahl der Polizistinnen und Polizisten in Brandenburg von 8.200 auf 10.000 aufstocken"</p> <p>S. 45: "Brandenburg braucht eine Polizei, die digital fit ist. Deshalb setzen wir uns für einen schnelleren Strukturausbau im Informationswesen der Polizei Brandenburg ein." + "Wir setzen uns für die Gründung einer 'IT-Task Force' innerhalb der Landespolizei zur Bekämpfung von Cybercrime ein."</p> <p>S. 49: "Das Land soll [...] stärker für Delikte im digitalen Raum sensibilisieren. So sollen unter anderem Leitfäden und Beratungsangebote für [...] Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg erarbeitet werden, die gängige Angriffsszenarien und Schutzmöglichkeiten für die eigene IT-Infrastruktur erklären"</p>	

Verbraucherpolitische Forderungen der VZB	In Programmen zur Landtagswahl 2024 enthalten						
	SPD	CDU	BSW	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	FREIE WÄHLER
<b>#4 Mobilität: Nachhaltiger Verkehr und Anbindung im Flächenland</b>							
Neue Lade- bzw. alternative Betankungsinfrastruktur konzipieren	0,5 S. 11: "Kommunen dabei unterstützen, in Zusammenarbeit mit den regionalen Energieversorgern Konzepte zum Ausbau der Ladeinfrastruktur zu entwickeln"	0,5 S. 35: "Ausbauoffensive für Elektro-Ladeinfrastruktur mit dem Ziel, 150 öffentlich nutzbare Ladepunkte jährlich neu zu schaffen" + "Dorf-E-Sharing" (Ladesäule + 2 E-Autos für kleine Orte)		0,25 S. 22: "wollen wir der E-Mobilität in der Fläche zum Durchbruch verhelfen" + Carsharing im ländlichen Raum	0,5 S. 73: "Ladeinfrastruktur ausbauen" + "bei dem wir insbesondere die Kommunen gezielt unterstützen werden"	0,5 S. 23: "Infrastrukturoffensive [...], die durch Genehmigungsfiktionen für [...] Ladeinfrastruktur und Stromnetze den notwendigen Infrastrukturausbau vorantreibt" S. 33: "flächendeckenden Ausbau einer leistungsstarken Infrastruktur - wie etwa Ladesäulen für die Elektromobilität und Wasserstofftankstellen - werden wir vorantreiben. Regulatorische Hürden für die Errichtung entsprechender Anlagen werden wir auf ein Mindestmaß beschränken."	
ÖPNV attraktiver machen - Handy- und Datenempfang flächendeckend gewährleisten						0,5 S. 34: "Wir setzen uns für die kontinuierliche Verbesserung der Fahrzeug-Qualität im öffentlichen Personennahverkehr ein (Barrierefreiheit, Sauberkeit, Sicherheit, WLAN)." S. 69: "wollen wir freies WLAN im öffentlichen Raum fördern [...] auch in Verkehrsmitteln des öffentlichen Nahverkehrs"	
<b>#5 Wohnen: Fokus private Haushalte</b>							
Mieterschutz im Land ausbauen (Beratungsstrukturen)							
Wohnraum für soziale Zwecke sichern: EntGBgB ergänzen					1 S. 67: "Wir werden das Enteignungsgesetz erweitern und den Kommunen die Möglichkeit der Enteignung für soziale Zwecke, Bildungsinfrastruktur und die Wohnraumversorgung einräumen"		
<b>#6 Versicherung: Anpassung an Klimawandel</b>							
Elementarschäden besser absichern					1 S. 89: "wollen wir das gesetzliche Recht, aber auch die Pflicht zur Elementarschadenversicherung. Alle Eigentümer müssen die Möglichkeit haben, ihr Objekt bezahlbar versichern zu lassen."		

Verbraucherpolitische Forderungen der VZB	In Programmen zur Landtagswahl 2024 enthalten						
	SPD	CDU	BSW	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	FREIE WÄHLER
<b>#7 Pflege: Direkter Zugang zu qualifizierter Rechtsberatung</b>							
Fachstelle Pflegerecht institutionalisieren							
<b>#8 Lebensmittel: Klarheit nach Lebensmittelkontrollen</b>							
Hygiene-Smileys an Eingangstüren von Restaurants und Supermärkten veröffentlichen					1 S. 89: "Die Ergebnisse der Hygiene- und Lebensmittelkontrollen müssen öffentlich zugänglich und verständlich sein"		
<b>#9 Klima: Schutz künftiger Verbrauchergenerationen</b>							
Verbraucher:innen finanziell an der Energiewende partizipieren lassen	1 S. 39f.: "Bürgerstrommodelle, attraktive Beteiligungsmodelle und verschiedene Teilhabemaßnahmen für Kommunen" S. 40: "Wir werden Bürgergenossenschaften und andere Modelle unterstützen, mit denen lokal erzeugter "grüner" Strom auch lokal für eine sichere Energieversorgung genutzt wird."		1 S. 34: "öffentliche Förderung und Bürgerbeteiligung bei der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und eine stärkere Beteiligung von Kommunen und ihren Bürgern am Gewinn aus Solar- und Windparks" S. 38: "Gewinne der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sollen den Bürger zugutekommen. Deswegen wollen wir z.B. Bürgerwind- und Bürgersolarparks sowie Bürgerstrom-Modelle fördern"	1 S. 6: "Auch Bürger*innen sollen dank eines Bürgerenergiegesetzes wie in Nordrhein-Westfalen direkt profitieren. Wir wollen Familien, Unternehmen und Kommunen außerdem beim Umstieg auf grüne Energie unterstützen. Dazu fördern wir die gemeinschaftliche Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme ("Energy Sharing"), unterstützen Erzeugungsgemeinschaften und Energiegenossenschaften und wollen, dass Landesflächen bevorzugt an Bürger*innen-Energie-Projekte vergeben werden." + S. 7: "Akzeptanz für die erneuerbaren Energien zu erhöhen"	1 S. 6: "Statt die Menschen durch immer höhere Preise zu belasten, wollen wir sie am Gewinn beteiligen [...] aus erneuerbaren Energiequellen vor Ort" S. 30: "Mit einem Erneuerbaren-Energien-Beteiligungsgesetz werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch Anwohnerinnen und Anwohner finanziell profitieren, wenn Anlagen vor Ort errichtet werden" S. 28: "Bürgerenergiegesellschaften und Bürgerenergiegenossenschaften sowie kommunale Energieversorger" S. 30: Förderprogramm Balkonkraftwerke, Mini-Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen auf Wohnhäusern und Mieterstrom		
Klimaschutz vorantreiben und für Brandenburger:innen einklagbar machen				1 S. 4: "verbindliches Klimaschutzgesetz" + "Denn Klimaschutz in Brandenburg muss verbindlich in einem Gesetz festgeschrieben werden. Nur so können die Menschen ihn auch wirklich einfordern - beispielsweise vor Gericht. Das Gesetz soll feste Maßstäbe beinhalten, mit denen bewertet werden kann, ob Brandenburg seine gesteckten Ziele auch einhält."	1 S. 28: "Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, um die Klimaziele und wesentliche Maßnahmen rechtlich verbindlich festzuschreiben. Die Konsequenzen bzw. Nachsteuerungsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung der Zwischenziele müssen verbindlich geregelt sein"		

Verbraucherpolitische Forderungen der VZB	In Programmen zur Landtagswahl 2024 enthalten						
	SPD	CDU	BSW	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	FREIE WÄHLER
<b>#10 Transparenz: Öffentliche Institutionen als Vorbild</b>							
Informationszugang bei öffentlichen Unternehmen forcieren				<p><b>0,5</b></p> <p>S. 87: "Wir setzen uns für eine Wirtschaft ein, die [...] ihre Geschäfte transparent führt"</p> <p>S. 92: "die bestehenden Informationsgesetze des Landes [...] zu einem umfassenden Transparenzgesetz weiterentwickeln"</p>	<p><b>0,75</b></p> <p>S. 89: "sicherstellen, dass Unternehmen in öffentlicher Hand ihre Tätigkeiten transparent machen und Verbraucherinnen und Verbraucher über Preise, Angebote und Geschäftsstrategien informieren"</p> <p>S. 88: "Verbraucherververtretungen in Kontrollgremien"</p> <p>S. 116: "modernes Transparenzgesetz"</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 54: "werden wir das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz in enger Zusammenarbeit mit der Landesdatenschutzbehörde modernisieren"</p>	
Ständige Verbraucherstimme in den Rundfunkrat - rbb-Staatsvertrag ändern							
<b>#11 Bildung: Verbraucherschutz in der Schule</b>							
Verbraucherbildung systematisch verankern			<p><b>0,25</b></p> <p>S. 13: "Wissen über seine Rechte mehr in die Allgemeinbildung einbeziehen. Hierzu gehört die Vermittlung dieses Wissens bereits in der Schule."</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 93: "Informatik und Medienkompetenz wollen wir deshalb künftig zu einem eigenen verpflichtenden Schulfach für die Sekundarstufen I und II machen." + "IT- und Medienkompetenzen wollen wir in allen Phasen der Lehrkräfteausbildung fest verankern."</p> <p>S. 75: "Themen wie bspw. Klimaschutz, Künstliche Intelligenz [...] in den Lerninhalten mitberücksichtigen"</p> <p>S. 35: "Nationale Finanzbildungsstrategie [...] umsetzen und ein Netzwerk Finanzielle Bildung in Brandenburg gründen"</p>	<p><b>0,5</b></p> <p>S. 89: "Programme zur Stärkung der Verbraucherbildung in Schulen"</p> <p>S. 96: "Schülerinnen und Schülern frühzeitig die Kompetenzen zum Umgang mit den digitalen Möglichkeiten vermitteln"</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 10f.: "Schülerinnen und Schüler dazu befähigt, sich in einer digital vernetzten [...] Welt zurechtzufinden" + "Schulfach Informatik" + "digitale Kompetenzen" + "Kenntnisse über unser Finanz- und Wirtschaftssystem"</p> <p>S. 31: "in Kitas und Schulen bereits früh Wissen über Ernährung und Landwirtschaft vermitteln. Das befähigt Kinder und Jugendliche zu einer gesunden Ernährung [...]. Kinder sollen von klein auf zu mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern erzogen werden"</p>	<p><b>0,25</b></p> <p>S. 36: "Unterrichtsfach 'Ernährung und Umwelt'"</p>
Einflussnahme und Werbung beenden: BbgSchulG anpassen					<p><b>1</b></p> <p>S. 89: "Verbot von Werbung und wirtschaftlicher Einflussnahme auf Bildungsinhalte"</p>		
<b>#12 Wissenschaft: Verbraucherschutz "Made in Brandenburg"</b>							
Forschungsbereich KI aus Verbrauchersicht schaffen							

Verbraucherpolitische Forderungen der VZB	In Programmen zur Landtagswahl 2024 enthalten						
	SPD	CDU	BSW	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	FREIE WÄHLER
<b>#13 Europa: Grenzüberschreitender Verbraucherschutz</b>							
Frankfurt (Oder) zum Tor für mittel- und osteuropäischen Verbraucherschutz weiterentwickeln				1 S. 35: "Das Deutsch-Polnische Verbraucher*inneninformationszentrum, das bei allen grenzüberschreitenden Themen mit Rat zur Seite steht, wollen wir zu einem Zentrum für internationalen Verbraucher*innenschutz mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa ausbauen." S. 66: "Brandenburger Projekte und Organisationen der Zivilgesellschaft, die unsere Verbindungen nach Europa vertiefen [...] wollen wir langfristig finanziell unterstützen"			
Mit Digimobil III von Usedom bis in die Oberlausitz beraten	0,75 S. 23: "Die Einführung eines dritten Digi-Mobils könnte dem gestiegenen Beratungsbedarf mit Blick auf gestiegene Lebenshaltungs- und Energiekosten Rechnung tragen."						
<b>#14 Verbraucherarbeit: Beratung, Information und Rechtsdurchsetzung als Daseinsvorsorge</b>							
Effiziente Rechtsdurchsetzung ausbauen					1 S. 89: "sollen Verbraucherschutzorganisationen bei der rechtlichen Durchsetzung von Verbraucherinteressen in Form von Musterfeststellungs- oder EU-Verbandsklagen finanziell durch das Land unterstützt werden"		
Verbraucherzentrale langfristig sichern	1 S. 23: "Die Verbraucherzentrale Brandenburg leistet eine wertvolle unabhängige Arbeit. Wir wollen diese Arbeit weiterhin finanziell unterstützen. Dies sollte vorzugsweise mehrjährig geschehen, um den Verbraucherzentralen Planungssicherheit zu geben."		0,25 S. 13: "Wir unterstützen Beratungsstellen, in denen Menschen bei rechtlichen Fragen erste fachliche Hilfe finden" S. 14: Rechtsberatung verstetigen und ausbauen	1 S. 35: "Wir wollen den Verbraucher*innenschutz in Brandenburg weiter stärken und die Finanzierung der Verbraucher*innenzentrale auf einer längerfristigen Basis sichern." S. 36: "landesweiter und niedrigschwelliger Zugang zu Verbraucher*innenberatung" + Digimobil - "Angebot verstetigen und ausbauen sowie Sozialtarife für Verbraucher*innen ermöglichen"	0,5 S. 74f: "landesweite Vertretungsorganisationen [...] nicht mehr projektbezogen, sondern institutionell gefördert" + "Beratungsangebote stärken und ausbauen: [...] stärken wir [...] Verbraucherschutz-[...]beratung; sichern diese finanziell ab und bauen sie bedarfsgerecht aus" S. 88: "Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz im ländlichen Raum stärken, zum Beispiel durch die Förderung von Kooperations- und Kompetenzzentren der Verbraucherschutzzentrale oder durch die Verstetigung mobiler Beratungsangebote"		
<b>#14+1 Zuständigkeit: Gemeinsame Verantwortung</b>							
<b>Ergebnis (max. 25 Punkte)</b>	<b>5,25</b>	<b>2,75</b>	<b>2,25</b>	<b>8,75</b>	<b>12,25</b>	<b>3,25</b>	<b>1</b>

Verbraucherpolitische Forderungen der VZB	In Programmen zur Landtagswahl 2024 enthalten						
	SPD	CDU	BSW	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	FREIE WÄHLER
<b>Wortzahl "Verbraucher" im Wahlprogramm</b>	3x	1x	1x	25x	27x	3x	13x
<b>Kapitelüberschrift "Verbraucherschutz"</b>	unter 5. / S. 22: "Soziales, Gleichstellung, Verbraucherschutz und Teilhabe"	keine	keine	S. 35: "Kapitel 10: Ernährung und Verbraucher:innenschutz" + S. 36: "Verbraucher:innenschutz für alle"	S. 88: "2.12 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen"	keine	S. 35: Kapitel "9. Verbraucherschutz"
<b>zusätzliche Themen des Verbraucherschutzes</b>	S. 26: "soziale Wohnraumförderung" "Regelung zur Mietpreisbremse verändern, sodass mehr Gemeinden in Brandenburg diese Begrenzung nutzen können" + "die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu unterbinden"	S. 9: "Bau von bezahlbarem Wohnraum [...], damit Wohnen nicht immer mehr zur sozialen Frage wird"	S. 26: bundesweiter Mietendeckel + sozialer Wohnungsbau	S. 27: "Mieter*innen schützen": "beschränken wir die Umwandlung von Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen" + "Erstellung von Mietspiegeln" + "Instrument der sozialen Erhaltungssatzung"	S. 67: "konsequente Anwendung der Mietpreisbremse" + "Ermöglichung eines Genehmigungsvorbehaltes der Kommunen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen" + "Landeseigene Wohnungsgesellschaft" S. 69: "Kontroll- und Mitbestimmungsrechte von Mieterinnen und Mietern stärken" + "Brandenburger Wohnungsaufsichtsgesetz"		
				S. 14: "Brandenburger Produkte müssen für Verbraucher*innen als qualitativ hochwertige, regional und klimaschonend erzeugte Produkte erkennbar sein. Gleichzeitig sollen noch mehr Qualität und Regionalität in die Brandenburger Kantinen und die Gemeinschaftsverpflegung einziehen."	S. 39: Lebensmittelverschwendung S. 141f: Kostenloses Mittagessen Jahrgangsstufen 1-6	S. 13: Gemeinschaftsverpflegung: "alle Kinder und Jugendlichen in Brandenburg Zugang zu gesunder und ausgewogener Ernährung erhalten"	S. 29: regionale Lebensmittel in Kitas & Schulen S. 35: "einfache, schnell erkennbare Kennzeichnung der Lebensmittel" + Ampelkennzeichnung
				S. 91: Digitalausschuss im Parlament + Stärkung LDA S. 81: KI in der Hochschulbildung  S. 87: Reparaturbonus + bundesweiter Index für Elektrogeräte	S. 21: "Kompetenz- und Innovationszentrum des Landes für souveräne Digitalisierung"	S. 68: Landesministerium für Digitalisierung + Digitalausschuss im Landtag	
Seitenanzahl Programm	49	57	42	96	148 + 6	89	44